

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

57 (26.2.1919) Erstes und Zweites Blatt



Wannspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert vierteljährlich 4,00 Mk., monatlich 1,35 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1,20 Mk. In 800 Exemplaren durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährlich 4,17 Mk., Einzelnummer 10 Pf.

Verlag Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen: die gesetzl. Anzeigenpreise oder deren Raum 25 Pf., Restklasse 1 Mk., an erst. Stelle 1,20 Mk. Auf diese Preise 30% Zuerkennungszulagen. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanzeige: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 207. Schriftleitung Nr. 20 u. 804.

Geschäftsführer: Gustav Koppert; verantwortlich für Politik: Martin Solzinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Fessemeyer; für Anzeigen: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Dietrich, Friedenau, Froepfstraße 65/66. Teleph.-Amt Umland 2902. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erlos. wenn Porto beifügt ist.

116. Jahrg. Nr. 57.

Wittwoch, den 26. Februar 1919

Erstes Blatt.

## Die österreichischen Wahlen.

(Von unserem Korrespondenten.)

O.B. Wien, Ende Februar.

Am ersten Male ist in Deutsch-Österreich eine Volksvertretung nach einem Wahlrecht gewählt worden, wie es so umfassend und freiheitlich noch vor kurzer Zeit nicht einmal geahnt werden konnte. Beinahe 90 Prozent der Wahlberechtigten haben von ihrem Rechte Gebrauch gemacht, aber gleichzeitig ging alles ruhig, würdig, geordnet, geradezu feierlich vor sich. Obwohl eine Agitation vorausgegangen war, die mit allen Mitteln, Reden, Schriften, Umsäen, Plakaten, Muffen und Stimmzetteln insbesondere in der letzten Woche die Leidenschaften auf das Äußerste zu peitschen bemüht war. Die Bevölkerung von Deutsch-Österreich aber, namentlich die schwergedruckten Wiener, ließen sich weder baranzuieren, noch im Großen und Ganzen von ihren Überzeugungen ablenken. Die Wahlfreudigkeit beweisen es. Sie sprechen freudig eine überaus überzeugende Sprache.

Die Hoffnungen der Rückwärtler aller Lager, auch der maskierten unter ihnen, liegen zerstreut am Boden. Der Sozialdemokratie sind in Wien allein über eine halbe Million Stimmen zugefallen, aber auch auf dem flachen Lande, von den fläcischen anderen Industriezentren Deutsch-Österreichs abgesehen, sind ihre Fortschritte kaum bemerkbar. In Nieder-Österreich ist die Partei bereits in der Mehrheit. Die übrigen vorwiegend agrarischen Länder müssen mit sehr bedauerlichen sozialdemokratischen Niederlagen rechnen. Diesen Erfolgen entspricht die Anzahl der gewonnenen Mandate. 70 Mandate hat die Sozialdemokratie in der konstituierenden Nationalversammlung einzeln. Nötig 32 allein hat Wien benötigt.

Die Christlich-Sozialen haben hier eine vernichtende Niederlage erlitten. In 11 ihrer Bezirke konnten sie in dieser noch bis vor kurzem beherrschten unbeschränkten Domäne durchfallen. Auch in den übrigen Nieder-Österreich und den anderen Ländern sind ihre Rückschritte bedeutend und erstaunlich. In Städten bemühten sie sich bezeichnenderweise nirgends zu behaupten, so daß sie nunmehr zu einer unerkäuflichen agrarischen Partei geworden sind, was im politischen Sinne der Christlich-Sozialen ebenfalls eine Veränderung mit sich bringen dürfte. Immerhin ist es ihnen doch gelungen, 61 Mandate zu erobern. Die zweitstärkste Partei der Nationalversammlung werden sie also gleichwohl bleiben, doch mit stark hermindertem moralischem Ansehen.

Was aber bedeutet dieser Niedergang angesichts des Zusammenbruchs der bürgerlich-freiheligen Parteien! Den Deutsch-Nationalen, Demokraten usw. gelang es im deutsch-österreichischen Staatsgebiet insgesamt 28 Mandate durchzusetzen, und dies trotz ungeheurer Schwierigkeiten die einzelnen von diesen Parteien zur Verfügung standen. Trotz einer bedenken- und idiosyncratischen Wahlmode und im letzten Augenblick angewandter neuerer Wahlverfahren. In Wien z. B. ist ein einziger bürgerlicher Demokrat durchgedrungen, der millionenreiche Fabrikant Max Friedmann, während andere politisch weit wertvollere Persönlichkeiten, die unglücklicherweise auf ausfindigen Posten in der Wahlkammer kämpften, ruhmlos erlagen sind. Vereinzelt ist auch ein Vertreter der Wiener Arbeiter, der Redakteur Franz Dvorzal, durchgedrungen. Eingegen trat Christlich-Soziale, mit Deutsch-Nationalen, die gestern noch mächtigste Koalitionspartei, das peninsuläre Reichsamt, das von ihren führenden Männern sogar solche, die in der Regierung fungierten, unterlegen sind, wie der gewesene Staatssekretär für Verkehrsangelegenheiten, J. J. L., und der vielangekündigte Finanzstaatssekretär Dr. Steinwender, der nur auf einem durch die Heiligkeit des Wahlrechtswählrechts eben noch ermittelten Immune (durch Rücktritt eines Vorberaters) mit knappem Not das Mandat, nicht aber das Staatssekretariat retten dürfte.

In der neuen Nationalversammlung werden auch einige Frauen sitzen, aber verhältnismäßig wenige. Neben sieben Sozialdemokraten hat nur eine Vertreterin bürgerlicher Kreise ein Mandat errungen, die Christlich-Soziale Dr. Silberrade Durian.

Die Wirksamkeit des vollen Umfanges dürften nicht lange auf sich warten lassen, und sie werden vermutlich tiefgreifende sein. Vor allem freudig ist die Frage zu entscheiden, wie sich die Vertretung des besetzten deutsch-österreichischen Gebietes gestalten soll. Deutsch-Böhmen und Sudetenland ist bekanntlich in der Gewalt der Tschechen, Süd-Tirol in den Händen der Italiener. Über 90 Mandate konnten daher augenblicklich nicht in verfassungsmäßiger Weise besetzt werden. Es besteht der Plan, durch Ernennung von sogenannten Not-Abgeordneten den Besatzern dieser abgetrennten Gebiete bei den bevorstehenden Entscheidungen über das Schicksal ihrer Heimat eine Art von Vertretung in der konstituierenden Nationalversammlung zu sichern. Über den Vertretungsmodus der in Betracht kommenden Mandate sind jedoch die großen Parteien noch nicht einig. Die Christlich-Sozialen wollen das Parteienverhältnis vom Jahre 1911 zur Grundlage legen, die Sozialdemokraten fordern im Hinblick auf das große Wachstum ihrer Stimmen eine stärkere Berücksichtigung. Der Staatsrat wird in dieser Angelegenheit ebenfalls Beschlüsse fassen. Es ist jedenfalls zu erwarten, daß den bisherigen Verhältnissen so ziemlich unangenehm läßt, als der wahrscheinlichsten Lösung zu rechnen.

Dennoch darf als einmütigen freudigen angenommen werden, daß die vereinigten bürgerlichen Parteien über eine, wenn auch bescheidene Majorität in der Nationalversammlung verfügen werden. Vorausgesetzt, daß sie in fundamentalen Fragen vollkommene Einigkeit finden, was keineswegs immer der Fall sein dürfte. (So z. B. ist an ein Zusammengehen der Freiheitlichen mit den Christlich-Sozialen in der Ansicht bald neu auftauchenden Frage der Ehereform gewiß nicht zu denken.) Da die Sozialdemokraten aber nun einmal die stärkste Partei sind, so ist in noch weit höherem Maße, als bisher mit einem Kurs zu rechnen, der ihre hauptsächlichsten politischen und wirtschaftlichen Forderungen berücksichtigt. Zunächst muß und wird die Verfassungsfrage endgültig be-

reinigt werden. Bekanntermaßen ist die republikanische Staatsform in Deutsch-Österreich nur provisorisch eingeführt worden. Das letzte Wort hierin sollte erst die konstituierende Versammlung sprechen. Sie wird sich dieser Pflicht gewiß nicht laue entziehen, schon um den Legenden von einer geplanten Wiederherstellung der Monarchie, die immer wieder auftauchen und im Fall eines Wahlsieges der Christlich-Sozialen schmerzhaft nutzlos gewesen wären.

## Republikanische Wehr.

S. Aus Weimar wird uns berichtet:

Kürzlich traf ich unter Thüringer Tannen mit einem Unteroffizier des Landesjägerkorps zusammen, der mir u. a. erzählte, im April werde er mit mehreren Kameraden in japanische Dienste treten. Es war ein Thüringer, blauäugiger Sohn märkischer Erde. Seit 1911 trägt er den Soldatenrock, hat während des Krieges in allen Himmelsrichtungen gekämpft, und was ihm einst vaterländisches Pflichtgefühl war, ist ihm jetzt friedensdienliches und lohnender Erwerb. Aber wachsende Freude der ewigen Wiederkehr für unser deutsches Vaterland. An die deutschen Leibgarde römischer Imperatoren, an die Landsknechte des 16. und an die deutschen Söldnerheere späterer Jahrhunderte denkt man zurück. Von alledem hatten uns aber die Freiheitskriege, das Werk Steins und Scharnhorsts, und später das Zeitalter Bismarcks befreit. Soll das deutsche Schwert nun wieder fremde Schlägen schlagen helfen, während die deutsche Heimat wehrlos fremder Willkür, mag diese noch unter so wohlklingenden Prägen verdeckt sein, preisgegeben ist? Unter Thüringer Tannen brennt das Herz.

Am Abend las ich wieder einmal bei Schopenhauer im Kapitel zur Rechtslehre und Politik: Das Recht an sich ist machtlos. Von Natur herrscht die Gewalt. Diese nun zum Recht hinzuzufügen, das ist das Problem der Staatskunst. Unter welchen namenlosen Leiden und Verlusten müssen wir doch heute die alte Wahrheit von neuem lernen, müssen es besonders die sozialdemokratischen Regierungsmänner tun.

Gestern stand in der Nationalversammlung der Initiativantrag der Mittelpartei zur Organisation einer provisorischen Reichswehr zur Erörterung. Wehr als ein Postulatum und mehr als das allerneueste, um im Innern der Anarchie zu wehren und im Außen unsere Grenzen zu sichern, kann es ja nicht sein. Die zu sehr nachsichtigen und im Westen noch immer angestrichelten Feinde im Westen gefahren es nicht anders. Es wird nicht einmal eine Einheitlichkeit der Formation geben, da ja die Verbündeten an den verschiedensten Stellen forgesetzt werden. Was man, nach Herrn Schöpslin, dem sozialdemokratischen Begründer des Antrages, vor allem erreichen will, ist eine vollständige Einheitlichkeit des Dienstes und der Gewissung und der Disziplin. Man will Zuverlässigkeit für die deutsche Republik, unbedingtes Pflichtgefühl und militärische Ordnung, mit anderen Worten: man will volle Schlagfertigkeit dieses kleinen, vorläufigen deutschen Heeres erreichen, ohne die jeder Großdein der sehr hohen Kosten weggeworrenes Geld wäre. Diese Grundgedanken und Grundforderungen lehrten in den Reden der bürgerlichen Parteien wie der Sprecher der Reichswehrlösungsdemokraten immer wieder.

Der Demokrat, Herr Sier aus Dürren, betonte besonders, wie bitter notwendig eine genügende deutsche Schutztruppe für die Bewahrung seiner Heimat vor den anrückenden bolschewistischen Horden ist. Darin ist sich auch das ganze Haus einig. Allerdings das ganze Haus mit Ausnahme des Unabhängigen Herrn Heide, der auch diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen kann, seine Sympathie mit den russischen Bolschewisten ganz offen zu bekunden und dem man die Schadenfreude über die jetzige deutsche Ohnmacht vom Gesicht ablesen zu können glaubt. Leider fehlt auch wieder ein gewisses Gegenstück von der extremen rechten Seite nicht, die, wie Herr Sier noch einmal feststellt, gar zu oft mit den radikalen Sozialisten in Anklagen und Verneinungen zusammengehen. Wenn man manche ehemalige Konservative und Rechtsnationalen hört, müßte man fast glauben, daß die deutschen Heeres- und Verteidigungsfragen für sie in erster Linie Partei- und Ständesfragen sind.

Es hat doch gar keinen Sinn, der Revolution nur und ganz allein Schuld an dem Zusammenbruch zuzuschreiben. Es sind doch nicht nur Sozialdemokraten, die die vielen Fehler des alten Militärsystems erkannt haben. Es war natürlich auch nicht damit getan, seinen Unglauben an den Erfolg eines gemordeten Freiwilligenkorps verächtlich anzusprechen.

Der Reichswehrminister fand dagegen, wenn er natürlich eine gewisse Reverenz vor den alten Idealen seiner Partei machen mußte, wieder den richtigen Ton, der auch parteipolitischen Gegnern Vertrauen einflößen kann. Er will für Strafe Manneszucht und tadellose Disziplin sorgen, und er will von Soldatenräten, die sich zu einer Prätorianergarde answachsen könnten, ganz und gar nichts wissen. Er spricht es aber auch heute schon aus, daß nach Friedensschluß eine große Erziehungsarbeit des deutschen Volkes auch in militärischer Hinsicht beginnen muß. Das dünkt uns, ist vorläufig alles, was vom Regierungssitze aus gesagt werden kann. Dazu hat Koßke ja auch bewiesen, daß er nicht nur Worte macht, und gerade in Offizierskreisen er-

ein für alle Mal jeden Boden zu entsäubern. Schon wurde in einer Soldatenversammlung, die zur Feier des Sieges unter freiem Himmel vor dem Parlament taute, die Forderung nachdrücklich laut, den Ex-Kaiser Karl um definitiven Kronerzählung zu verhalten, da der gewesene Monarch durch seine im November abgegebene Erklärung, „sich von den Reaktionsgeschäften zurückzuziehen“, dem Weiterbestand monarchistischer Legenden Tür und Tor geöffnet habe. Diesem Verlangen wird sicherlich entsprochen werden, und Ex-Kaiser Karl wäre sehr übel beraten, wenn er versuchen wollte, Widerstand zu leisten. Seine persönliche Sicherheit wäre in diesem Falle kaum mehr ungeschädigt.

Nach Erledigung dieser Grundfrage wird sich die konstituierende Nationalversammlung, Deutsch-Österreichs ungetrübt den brennenden Problemen des Landes zuwenden. Die Sicherung des Anstaltlichen an Deutschland wird allseits als unmittelbar bevorstehend betrachtet. Ein Ausbruch aus der Ernährungsnot und dem Kalte-Kammer muß und wird ohne Zweifel mit Nachdruck gefordert und auch irgendwie befunden werden. Die Behandlung sozialpolitischer Forderungen wird daneben nicht zu kurz kommen. Da die Sozialdemokratie nicht über die zahlenmäßige Majorität verfügt, allein die größte Partei in der Nationalversammlung ist, wird das System der Koalitionsregierung beibehalten werden müssen, worüber die beteiligten großen Parteien so ziemlich einig sind. Nur in den Kreisen der bürgerlich-freiheligen gibt es eine Strömung, für den Verzicht auf die Koalition und Eintritt in die Opposition. Sie dürfte schließlich die Oberhand behalten. Wenn aber auch das bis nun lebhaft bewährte Prinzip beibehalten werden sollte, so werden doch in der Durchführung im einzelnen wesentliche Änderungen unvermeidlich sein. Die Sozialdemokraten fordern nicht nur eine größere Anzahl von Staatssekretärsstellen, als ihnen bisher angewiesen war, sondern insbesondere den Lebensraum der wichtigsten Ressorts (Finanzen, Inneres, Eisenbahnen) an ihre Parteigenossen. Damit würde sich von selbst ergeben, daß die eigentliche Regierungsgewalt von den sozialdemokratischen Ministern beherrscht wird, und eine stufenweise Durchbildung bewirkt: noch für utopisch geltenden sozialistischen Doktrinen in den Vordergrund tritt. Zunächst werden die Sozialdemokraten aber mit aller Energie trachten, die Gemeindeformalen von Wien und den niederösterreichischen Landtag in ihre Hand zu bekommen. Die Mehrheit in beiden Körperschaften ist ihnen nach dem Ergebnis der Nationalversammlungswahlen nach vorheriger radikaler Reform des Gemeindefonds und Landtagswahlrechts, einer Reform, die schon lange zur Debatte steht, nun aber in beschleunigtem Tempo erzwungen werden dürfte, so viel als sicher. Der sozialdemokratische Bürgermeister und Landeshauptmann werden schon in wenigen Wochen Entschlüsse fassen.

## Die Friedensfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 25. Febr. Die „Times“ melden aus Paris: Auf der Tagesordnung der am 14. März unter Vorsitz von Clemenceau einberufenen Vollversammlung der Alliiertenkonferenz, zu der auch Wilson aus Amerika zurückgewandt wird, steht die Abitimmung über den fertig vorliegenden Vorfriedensvertrag.

## Die Verhandlungen über Deutschlands Lebensmittelfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. Febr. Nachdem die deutschen Kommissionen für die Schiffahrt, Finanzen und Lebensmittelfragen bereits am 23. Febr. in Spa eingetroffen waren, teilte General Nudant im Auftrag Fochs in der Vollversammlung am 24. Febr. mit, daß die Verhandlungen über die mit der Versorgung Deutschlands zusammenhängenden Fragen nicht vor dem 4. März stattfinden könnten. Die verbündeten Regierungen haben jedoch erklärt, daß sie bereit seien, die Frachtkosten zu übernehmen, die aus der Verwendung der deutschen Schiffe im Dienste der Alliierten entstehen, für die Bezahlung der Lebensmittel anzuerkennen. Rückbau bedeuerte die Verzögerung der Zusammenkunft.

Der Vertreter der deutschen Regierung teilte hierauf mit, daß ihm von städtischen und Kreisbehörden des niederrheinischen Kohlenbezirks mehrere Telegramme zugegangen seien, die in engem Zusammenhang mit den leider verzögerten Verhandlungen ständen. Er verlies jedoch einige Auszüge aus den Telegrammen, in denen übereinstimmend erklärt wird, daß die Lebensmittelfrage das höchste Anliegen sei und der größte Teil der unterernährten Arbeiter am Ende seiner körperlichen Leistungsfähigkeit angelangt ist. Dauerfreits und Hungerzwänge seien überall zu befürchten, wenn nicht rasch und ausreichende Lebensmittel beschafft würden. Aus diesen Beispielen sollten die internationalen Kommissionen ersehen, wie hoch die Lebensmittelfrage in Deutschland gelte und zu welchen Zuständen sie führen würde. Er habe die feste Überzeugung, daß die bevorstehenden, jetzt verzögerten Verhandlungen von den alliierten und assoziierten Regierungen in großzügiger Weise geleitet und nicht mit Bedingungen verknüpft würden, die Deutschland die Annahme unmöglich machen oder außerordentlich erschweren müßten.

## Die Völkerverbundfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Febr. Das „V. V.“ veröffentlicht aus demselben einen von Rinzsch Kar von Baden bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Politik des Reiches in Heidelberg gehaltenen Vortrag, in dem sich der Brinn gegen die These der Entente wendet. „Später können die Feinde in den Völkerverbund eintreten“, zunächst sind wir der Völkerverbund. Er lautet u. a.: Der Völkerverbund als Gemeinschaft vertrauender Nationen mit einer schöpferischen Kraft, die heilt und aufbaut, ist für meine Generation tot. Seine Grundideen mürben im ersten Augenblick der Waffentruhe geletzt werden. Europas Not schreie nach erster Hilfe. Was ist uns die Rina der Nationen, wenn Nationen erst zerfallen werden, die sie bilden sollen.

Nach der Auffassung des Brinn waren die dringlichsten Aufgaben: gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen den Bolschewismus, Rückkehr zum bewährten Sachverständigenrat zur sofortigen Notstandsarbeit, Annahmefähigkeit durch Überwindung des östlichen Antikommunismus durch Überwindung des Dunneis und der Arbeitslosigkeit sowie Zusammenarbeit der Rote-Kreuz-Delegationen aller Länder. An der Beibehaltung der Notstandsaufgaben hätte sich der Völkerverbund und die Gemeinsinn reformiert, die Präsidenten Wilson als eine Vorbedingung am 22. Januar forderte, der als diskontinuierliche Voraussetzung der Völkerverbundstimmuna das Wort prägte: no victory.

Aber, sagte der Brinn weiter, zwischen dem echten Völkerverbund und dem Gewaltfrieden, den die feindlichen Chauvinisten erziehen, liegen noch andere Möglichkeiten. Wir können nicht schloßlos die Konferenz. Unser Schut ist der Vertrag, den Präsident Wilson mit der Entente und Deutschland abgeschlossen hat, wonach der Friede in Übereinstimmung mit den von ihm formulierten 14 Punkten geschlossen werden soll. Unser Schut ist ferner das Verbot, das er dem deutschen Volke angedeihen hat: Dieser Frieden soll kein bilanzierter, sondern ein Frieden der Unterhandlungen werden. In dem öffentlichen Gebräch, das ich mit dem Präsidenten am 8. Oktober anbande und das zum Abschluß des Waffenstillstandes führte, hat der Präsident die bedingungslose Annahme seiner Rechtsforderungen von uns und von der Entente verlangt und erreicht. Präsident Wilson hat in aller Keierlichkeit und Offenheit die Verantwortung dafür übernommen, daß der Weg bis zu Ende gegangen wird, den er gewiesen hat.

öffnet habe. Diesem Verlangen wird sicherlich entsprochen werden, und Ex-Kaiser Karl wäre sehr übel beraten, wenn er versuchen wollte, Widerstand zu leisten. Seine persönliche Sicherheit wäre in diesem Falle kaum mehr ungeschädigt.

Nach Erledigung dieser Grundfrage wird sich die konstituierende Nationalversammlung, Deutsch-Österreichs ungetrübt den brennenden Problemen des Landes zuwenden. Die Sicherung des Anstaltlichen an Deutschland wird allseits als unmittelbar bevorstehend betrachtet. Ein Ausbruch aus der Ernährungsnot und dem Kalte-Kammer muß und wird ohne Zweifel mit Nachdruck gefordert und auch irgendwie befunden werden. Die Behandlung sozialpolitischer Forderungen wird daneben nicht zu kurz kommen. Da die Sozialdemokratie nicht über die zahlenmäßige Majorität verfügt, allein die größte Partei in der Nationalversammlung ist, wird das System der Koalitionsregierung beibehalten werden müssen, worüber die beteiligten großen Parteien so ziemlich einig sind. Nur in den Kreisen der bürgerlich-freiheligen gibt es eine Strömung, für den Verzicht auf die Koalition und Eintritt in die Opposition. Sie dürfte schließlich die Oberhand behalten. Wenn aber auch das bis nun lebhaft bewährte Prinzip beibehalten werden sollte, so werden doch in der Durchführung im einzelnen wesentliche Änderungen unvermeidlich sein. Die Sozialdemokraten fordern nicht nur eine größere Anzahl von Staatssekretärsstellen, als ihnen bisher angewiesen war, sondern insbesondere den Lebensraum der wichtigsten Ressorts (Finanzen, Inneres, Eisenbahnen) an ihre Parteigenossen. Damit würde sich von selbst ergeben, daß die eigentliche Regierungsgewalt von den sozialdemokratischen Ministern beherrscht wird, und eine stufenweise Durchbildung bewirkt: noch für utopisch geltenden sozialistischen Doktrinen in den Vordergrund tritt. Zunächst werden die Sozialdemokraten aber mit aller Energie trachten, die Gemeindeformalen von Wien und den niederösterreichischen Landtag in ihre Hand zu bekommen. Die Mehrheit in beiden Körperschaften ist ihnen nach dem Ergebnis der Nationalversammlungswahlen nach vorheriger radikaler Reform des Gemeindefonds und Landtagswahlrechts, einer Reform, die schon lange zur Debatte steht, nun aber in beschleunigtem Tempo erzwungen werden dürfte, so viel als sicher. Der sozialdemokratische Bürgermeister und Landeshauptmann werden schon in wenigen Wochen Entschlüsse fassen.

## Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 25. Febr. Eröffnung der Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Ministerpräsident Scheidemann erklärt, die Regierung werde die Interpellation der Deutsch-Nationalen Parteipartei betreffend Liebergriffe einzelner Staatsbürger in Bezug auf den Religionsunterricht an einem noch zu vereinbarenden Tage beantworten. Weiter steht auf der Tagesordnung der Gesandtenrat über die vorläufige Reichswehr.

Hg. Schöpslin (Soz.): Der Antrag ist ein Notbehelf. Es ist tot eine graue Fäule des Soldats, daß der Staat, der selbst die höchste militärische Macht der Welt war, jetzt freiwillig durch Bettelarmeen anwerben muß. Eine einheitlich organisierte Truppe wird die vorläufige Reichswehr nicht sein, was aber einheitlich werden soll und muß, daß diese Reichswehr die Verfassung wahren und bereit ist, sich der Reichsregierung unterzuordnen und den Reichsgeboten Gehorsam zu verweigern. Notwendig ist auch, daß die Freiwilligen sich einer Kommandoform unterziehen und eine feste Disziplin haben. (Lebhafter Zustimmung.) Schon heute haben unzählige Soldaten ein- und die verletzten Zustände in den Kasernen unmöglich zu weiter gehen dürfen. Die Offiziere werden auf manches bezichtigt müssen. Auch die alte Gewissung ist nicht mehr vorhanden. Wir brauchen freiwilligen Grüßen kann der Vorgesetzte durchaus respektiert werden. Der Antrag ist dringend. Es geht einfach nicht an, daß polnische, tschechische und andere Völker die Grenzen des Reiches drohen, oder daß Fanatiker und ein paar Verbreiter eine Schreckensterritorien aufrichten. Deshalb hoffe ich, daß sich auch aus der sozialdemokratischen Arbeiterklasse genug Leute finden, die freiwillig eintreten. Da die neue Einrichtung nur kurze Zeit dauern soll, liegt die Gefahr, daß die Reichswehr eine Söldnertruppe werde, nicht allzu schwer. Es geht jetzt schnell und energisch zu handeln. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Groeber (Z.): Die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr ist so wichtig, daß wir jede Stunde als verloren ansehen, um die sie verzögert wird. Wenn diese Macht das leisten soll, was man erwartet, so muß Gehorsam und Disziplin walten. (Lebhafter Zustimmung.)

Hg. Siehr (D. Dem.): Die neue Reichswehr kann natürlich nur klein sein. Sie wird aber ihren Zweck erfüllen, wenn sie auf harter Manneszucht aufgebaut wird. Wir fordern von der Regierung mit aller Entschiedenheit, daß sie dem österreichischen Grenzland helfe, es vor den furchtbaren Gefahren eines neuen russischen Einfalls zu bewahren. Wir fordern auch, ein weiteres Vordringen der Polen über die demarkationslinie zu verhindern. Energie muß im Innern des Landes für Sicherheit und Ordnung geübt werden.

Hg. Baerdt (D. N.): Wir sind durch die Vorgänge der letzten Wochen nicht überrascht worden. Sind sie doch nichts anderes als weitere Folgen der Revolution. Wenn jetzt endlich etwas geschieht, so ist es reichlich spät. Die Vorlage zeigt, daß die Sozialdemokratie ungelert hat. Es geht halt nicht ohne Militarismus den freiwilligen Truppen denken wir für ihre außerordentliche Hilfe. Man sollte die Offiziere wieder in ihre Ehrenrechte einbeziehen. Zu militärischen Führern dürfen nur Sachverständige ernannt werden. Wir werden für das Gesetz stimmen. Der Zusammenbruch des alten Heeres ist uns tief fernerlich. Es war das beste Heer der Welt. Wir werden ihn nie vergessen, was es in diesem Kriege geleistet hat. (Lebhafter Zustimmung.)

Hg. Geite (U. S.): Wir treten dem Entwurf auf das schärfste entgegen und verlangen bei seiner Billigung Kommissionsberatung. Die Darstellung der außerpolitischen Lage im Osten ist nichts als Schwachsinn. Wir wollen doch mit allen Völkern in Eintracht leben, also auch mit den Russen. Mit dem Entwurf







1890 entlassen. Ältere Soldaten, die freiwillig...

Ein Demonstration in Freiburg. (Eigener Drahtbericht.) Freiburg (Breisgau), 25. Febr. Die Sozialdemokratische Partei...

Aus Baden. Karlsruhe, 25. Febr. Die französische Militärkommission hat angedeutet, daß alle militärischen...

Frankfurt a. M., 25. Febr. Die Salina war im Ansehen als sehr ansehnlich, weil sich die Umstände...

Frankfurt a. M., 25. Febr. Die Salina war im Ansehen als sehr ansehnlich, weil sich die Umstände...

Frankfurt a. M., 25. Febr. Die Salina war im Ansehen als sehr ansehnlich, weil sich die Umstände...

Frankfurt a. M., 25. Febr. Die Salina war im Ansehen als sehr ansehnlich, weil sich die Umstände...

Frankfurt a. M., 25. Febr. Die Salina war im Ansehen als sehr ansehnlich, weil sich die Umstände...

Frankfurt a. M., 25. Febr. Die Salina war im Ansehen als sehr ansehnlich, weil sich die Umstände...

Dr. W. E. Ostering von der Badischen Landesbibliothek, der auch schon den Umfang eines größeren...

Zur Verbesserung aus unbefestigten Deutschland nach Brückenschießfeld sind Geflügelzuchtungen im gleichen Umfang...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Dr. W. E. Ostering von der Badischen Landesbibliothek, der auch schon den Umfang eines größeren...

Zur Verbesserung aus unbefestigten Deutschland nach Brückenschießfeld sind Geflügelzuchtungen im gleichen Umfang...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Veranstaltung von Altkämpfern. Den vorausgesetzten Zusammenkünften der in Karlsruhe und Umgebung wohnenden Altkämpfer...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Giffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Berliner Börse. Berlin, 25. Febr. Im Vergleich zu gestern hat das Geschäft an der Börse wesentlich an Umfang nachgelassen...

Table with columns for various stocks and bonds, including Berlin, Frankfurt, and other regional markets.

Table titled 'Devisenmarkt' showing exchange rates for various countries like Holland, England, and Switzerland.

Frankfurter Börse. Frankfurt a. M., 25. Febr. Die Salina war im Ansehen als sehr ansehnlich, weil sich die Umstände...

Table titled 'Frankfurter Kursnotierungen' listing various stocks and bonds traded in Frankfurt.

Die Kurve des Marktturjes. Bern, 24. Febr. Die deutsche Salina führte im Ansehen an die Graefen in Deutschland heute um 6 Prozent...

Table titled 'Vom Wetter' showing weather observations from the meteorological station in Karlsruhe.

Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr: 24. Febr.: Schliersee 2,03 m, Rheine 3,25 m, Maxau 4,75 m.











